

Zur Lebensleistung Gerald Göttings

Ein über Fälschungen und Unterstellungen erhabener CDU-Politiker und Staatsmann der DDR

Am 12. Mai 1969 bestimmte die 13. Tagung der Volkskammer der DDR Gerald Götting zu ihrem Präsidenten. Sein langjähriger Amtsvorgänger war Prof. Dr. h. c. Johannes Dieckmann (LDPD) gewesen, der durch die aus dem Deutschen Volksrat hervorgegangene Provisorische Volkskammer und dann zu Beginn jeder Wahlperiode zum Präsidenten der Obersten Volksvertretung gewählt wurde. Er versah dieses hohe Amt bis zu seinem Ableben am 22. Februar 1969.

Seit Anfang 1964 bestanden zwischen dem Präsidenten der Volkskammer und mir stabile Arbeitskontakte in einem erfreulichen Klima. Gerald Götting war mir gut bekannt. Wir hatten uns bereits in der Freien Deutschen Jugend während der ersten Nachkriegsjahre kennengelernt. Er wollte keine seiner eigenen Partei nahestehende gesonderte Jugendorganisation, sondern unterstützte das Streben nach einem Zusammenhalt der jungen Generation in der FDJ.

Meine kommunalpolitische Arbeit, der später die Abgeordnetentätigkeit folgen sollte, mein Wirken als Sekretär des Rates des Bezirks Halle führte uns des öfteren zusammen, so bei Beratungen der Abgeordnetengruppe der Volkskammer und des Bezirkstages.

Ab 1964 unterstützte ich dann als Leiter der Abteilung Volkskammer/Ausschüsse beim Staatsrat der DDR besonders auch den Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten unter Vorsitz Gerald Göttings. Er sorgte stets für die gründliche Vorbereitung der Behandlung von Gesetzesvorschlägen, zwischenstaatlichen Verträgen und anderen Rechtsakten. Vor allem förderte er einen völlig neuen Arbeitsstil durch Studienaufenthalte in wissenschaftlich-technischen Einrichtungen und volkseigenen Betrieben mit Außenhandelsaufgaben. Das vertiefte nicht nur die Sachkunde der Abgeordneten, sondern verbesserte auch deren Verbindung zur gesellschaftlichen Praxis. Es entwickelten sich neue Formen lebendiger sozialistischer Demokratie.

Zum Zeitpunkt der Wahl Gerald Göttings als Volkskammerpräsident hatte der Staatsrat die bis dahin vom Sekretariat der Volkskammer wahrgenommenen Aufgaben übernommen. Dessen Eigenständigkeit wurde später aber wiederhergestellt. Zwischen 1964 und 1990 trug ich für diesen Bereich die Verantwortung.

Die Aufgaben des Sekretariats und seines Leiters entsprachen im wesentlichen denen gleichrangiger Parlamentsverwaltungen und ihrer Direktoren oder

Generalsekretäre. Ich nahm daher an den Sitzungen des Präsidiums der Volkskammer teil.

In vielen Sätteln geritten

Die DDR-Volkskammer war mit ihrer Interparlamentarischen Gruppe aktives Mitglied der Interparlamentarischen Union, wobei der Leiter des Sekretariats



Gerald Götting bei seiner Begegnung mit Martin Luther King in Genf

der Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente der Welt angehörte. Auf der 67. Weltkonferenz der IPU in Berlin im Jahre 1980 wurde ich einstimmig zu deren Exekutivmitglied gewählt.

Gerald Götting nahm gleichzeitig verschiedene Funktionen wahr: Vorsitzender der CDU – einer der fünf Blockparteien der DDR –, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, später Präsident der Liga für Völkerfreundschaft und vor allem Präsident der Volkskammer, dann Stellvertreter Horst Sindermanns, dem diese Aufgabe 1976 übertragen wurde. An der Herausbildung einer in der deutschen Parlamentsgeschichte zuvor nicht üblich gewesenen operativen Arbeit der Abgeordneten in ihren Wahlkreisen, Betrieben, Wohngebieten und örtlichen Volksvertretungen hatte Gerald Götting großen Anteil. Das betraf auch seine Einflußnahme auf die korrekte Entgegennahme und wirksame Kontrolle der Bearbeitung von Eingaben und Anliegen der Bürger durch die Volksvertreter.

Von großer Bedeutung für Ansehen und Wirkung der Rechtsetzung durch die Volkskammer war die Einführung öffentlicher Debatten und regelrechter, bisweilen Millionen Menschen einbeziehender Volksberatungen über wichtige Gesetzesvorhaben. Als Beispiel mag hier das Jugendgesetz der DDR angeführt sein. Der Entwurf dazu wurde fünf Monate lang öffentlich diskutiert. Insgesamt 5,4 Millionen Bürger nahmen an den Aussprachen teil. 4800 Vorschläge wurden zum Text unterbreitet, etwa 200

Veränderungen bis zur endgültigen Verabschiedung eingefügt.

Oder nehmen wir den Entstehungsprozeß des Zivilgesetzbuches. Der Entwurf hatte – in mehr als 85 000 Beratungen erörtert – über 4000 Vorschläge der Bürger und 360 Textveränderungen zur Folge.

Besonders in der Amtsperiode von Volkskammerpräsident Gerald Götting entwickelte sich das Gesetzgebungsverfahren auf vorbildlich demokratische Art. Auch unser persönliches Vertrauensverhältnis erfuhr in ständiger Zusammenarbeit eine weitere Festigung. Es wurde von Verlässlichkeit und Offenheit, Achtung und gegenseitigem Respekt getragen. Im Oktober 1960 erfolgte die Etablierung des Staatsrates der DDR. Zum Vorsitzenden wählte man Walter Ulbricht. Auf der Grundlage entsprechender Regelungen zog das neue Führungsorgan Aufgaben und Entscheidungen anderer Leitungsorgane an sich oder war für deren Unterstützung und Kontrolle zuständig. Das betraf auch das Gesetzgebungsverfahren. Der Staatsrat konnte rechtsverbindliche Erlasse beschließen, welche aber im nachhinein durch die Oberste Volksvertretung bestätigt werden mußten.

Am 6. Oktober 1972 übertrug die Volkskammer dem Ministerrat der DDR größere Rechte und die Verantwortung für Leitung und Planung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Sie beschloß das Gesetz zu Änderung der Verfassung der DDR und eine neue Geschäftsordnung des Parlaments. Es ging um die herangereifte Abgrenzung der Verantwortungsbereiche der obersten Staatsorgane der DDR und eine klare Regelung der Kompetenzen. Die Volkskammer wurde als oberstes staatliches Macht- und alleiniges gesetzgebendes Organ (Artikel 48 u. a. der Verfassung), der Staatsrat als kollektives Staatsoberhaupt, d. h. als Organ der Volkskammer mit verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten (Kap. 2 der Verfassung, Art. 66–74) und der Ministerrat als Regierung der DDR definiert. Die Exekutive sollte als Organ der Volkskammer die einheitliche Durchführung der Staatspolitik bei Erfüllung der politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen sowie der ihm übertragenen Verteidigungsaufgaben organisieren. (Kap. 3 der Verfassung, Art. 76–80)

Enges Verhältnis zu Albert Schweizer

Auf diesen gesellschaftlichen Prozeß nahm Gerald Götting großen Einfluß, um den sich daraus ergebenden Aufgaben für die Oberste Volksvertretung der DDR gerecht zu werden. Seine persönliche

Haltung, sein hohes Verantwortungsbewußtsein und die Wahrung der staatlichen Würde des Parlaments waren dabei von außerordentlicher Bedeutung. Mit der ihm eigenen Ausstrahlung und Überzeugungskraft erzielte er bei der Anerkennung und Durchsetzung der auf Frieden und Völkerverständigung gerichteten internationalen Parlamentsarbeit der DDR spürbare Wirkungen. Dazu trugen auch seine Begegnungen mit höchsten Verantwortungsträgern aus vielen Ländern der Welt sowie seine Freimütigkeit im Umgang mit Künstlern und Wissenschaftlern nachhaltig bei. Als Beispiel mögen seine wiederholten Begegnungen mit dem Urwaldarzt und großen Humanisten Albert Schweizer angeführt sein. Gerald Göttings ethische Haltung sowie seine christlichen Bindungen trugen ihm Respekt und Anerkennung im In- und Ausland ein. Auch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker bekundete ihm anlässlich des Luther-Jahres, zu dessen Gelingen Gerald Götting in hohem Maße beigetragen hatte, seine Wertschätzung.

Enge und kameradschaftliche Verbindungen kennzeichneten das Verhältnis der Volkskammer zu den Parlamenten der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder. Dazu gehörten freundschaftliche Bande zu Abgeordneten vieler Staaten. Das traf besonders für die „dritte Welt“ zu. Gegenseitige Achtung, Toleranz in bezug auf unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungsprozesse und solidarische Verbundenheit mit allen Friedens- und Fortschrittskräften bestimmten die Beziehungen. Auch zu Parlamentariern und einflußreichen Politikern kapitalistischer Staaten hatte sich ein korrektes, sachliches Verhältnis herausgebildet. Das war besonders nach der weltweiten diplomatischen Anerkennung der DDR und der zeitgleich erfolgten Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO der Fall.

1988 fand die erste Beratung der Vertreter der Parlamente Europas, der USA und Kanadas in Warschau statt. Im Rahmen der Interparlamentarischen Union und im Ergebnis gegenseitiger Delegationsbesuche bestanden zwischen vielen der dort Anwesenden bereits Kontakte. Gerald Götting leitete die Abordnung der Volkskammer. Bei den BRD-Vertretern hatte am ersten Tag der Sozialdemokrat Björn Engholm als Amtierender Präsident des Bundesrates die Leitung inne.

Friedenspfeifen für Björn Engholm

Beide deutsche Delegationen nahmen, wie das bei internationalen Konferenzen schon oft der Fall gewesen war, ihre Plätze nebeneinander ein. Berührungssängste gab es nicht. Man führte sachliche Gespräche, legte im Plenum die unterschiedlichen politischen



Gerald Götting auf einem diplomatischen Empfang in Lissabon (links neben ihm DDR-Botschafter Frank Bochow)

Standpunkte dar und unterhielt sich in Pausen. Wir hatten für Björn Engholm einen Satz Tabakpfeifen mitgebracht, über die er sich als passionierter Pfeifenraucher sehr freute. Zugleich wurde diese Aufmerksamkeit auch als symbolisches Zeichen der Verständigungsbereitschaft aufgefaßt.

Am zweiten Verhandlungstag übernahm Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth (CDU) die Leitung der BRD-Delegation. Sie war am Vortag in Bonn zur Präsidentin des Deutschen Bundestages gewählt worden. Gerald Götting beglückwünschte sie dazu. Für die DDR-Delegation wurde ich von der Versammlung zum Mitglied des sogenannten Siebener-Kopfes bestimmt. Die Aufgabe dieser sieben Leiter der Sekretariate bzw. Parlamentsverwaltungen aus kapitalistischen, sozialistischen und neutralen Ländern bestand darin, die Plenartagungen und deren Ablauf, die Reihenfolge der Redner sowie andere organisatorische und protokoliarische Dinge zu regeln.

Durch Losentscheid hatte Gerald Götting den Platz als erster deutscher Redner in der Plenartagung erhalten.

In seinem Namen übermittelte ich Frau Süßmuth das Angebot, daß sie – auch als Debüt in ihrer neuen Funktion – seinen Platz einnehmen möge. Er würde dann zu einem späteren Zeitpunkt sprechen. Seit vielen Jahren hatte ich durch die Treffen der Internationalen Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente und durch die wechselseitige Übermittlung von Dokumentationen, Protokollen und Beschlüssen Verbindung zu den Direktoren des Deutschen Bundestages. Der Herr, der dieses Amt jetzt versah, unterstützte unseren Vorschlag, den später alle anwesenden Delegationen sehr zu würdigen wußten.

Die Atmosphäre der Beratung war sachlich und entsprach dem damaligen Bemühen um eine Normalisierung der Beziehungen. In jener Zeit war bekanntlich vom „Haus Europa“ die Rede. Beim abendlichen Empfang wurden die am Tage begonnenen Gespräche fortgesetzt. Für Verlauf und Inhalte der Kontakte wirkte sich der 1974 erfolgte Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen

beiden deutschen Staaten positiv aus. So gab es – wie auch bei Tagungen der IPU – danach keine öffentlichen deutsch-deutschen Querelen mehr.

Halbwahrheiten und Verschwiegenes

Bei weiteren Begegnungen zwischen Repräsentanten der Parlamente Europas, der USA und Kanadas baute der nach Gerald Göttings Amtszeit gewählte Horst Sindermann – ein außerordentlich erfahrener DDR-Politiker – zwischen 1969 und 1976 diesen auf Verständigung gerichteten Kurs erfolgreich weiter aus.

Horst Sindermann entwickelte eine außerordentliche Intensität

bei der internationalen Parlamentsarbeit. Er war ein kluger und gebildeter Gesprächspartner sowie ein talentierter Redner. Als anerkannter antifaschistischer Widerstandskämpfer, hinter dem 12 Jahre KZ-Haft lagen, besaß er ein hohes Prestige. Bereits in den 60er Jahren war ich gemeinsam mit ihm Abgeordneter im Bezirkstag Halle gewesen. So erfuhr das bereits bestehende Vertrauensverhältnis zwischen Präsident und Leiter des Sekretariats seine Fortsetzung.

Doch noch einmal zurück zu Gerald Götting. Er stand in sehr bewegter Zeit an der Spitze der Volkskammer der DDR. Seine Persönlichkeit und die von ihm geförderte Entwicklung, besonders auch bei der Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie, trugen maßgeblich dazu bei, das Ansehen der DDR im In- und Ausland zu stärken. In seiner Amtsperiode wurde eine Vielzahl rechtsstaatlicher internationaler Verträge und Abkommen geschlossen, entwickelte sich der Austausch von Delegationen zum Studium von Erfahrungen der Parlamente weiter auf hohem Niveau.

So bleibt das Wirken des Volkskammerpräsidenten Gerald Götting eine großartige Lebensleistung. An ihr vermögen auch jene nicht zu rütteln, die sich wie der ehemalige Deutschlandfunk-Redakteur und BRD-„Volkskammerexperte“ Dr. Peter Joachim Lapp auf gezielte Diffamierung verstehen. In seiner scheinbar sachlich gehaltenen politischen Biographie „Gerald Götting – CDU-Chef in der DDR“ verschweigt er Positives, präsentiert er Halbwahrheiten und objektivistische Aufzählungen sowie das Einfügen nicht überprüfbarer Wertungen mit dem Ziel moralischer Herabwürdigung des Wirkens eines bedeutenden christdemokratischen Parteiführers und Staatsmannes der DDR. Aber das gehört ja bekanntlich zum politischen Alltag in der BRD.

Herbert Kelle

Unser Autor war Staatssekretär und Leiter des Sekretariats der Volkskammer der DDR.

Über Christliches und weniger Christliches

Klerikale Kraftprobe in einer mehrheitlich atheistischen Region

Anfang Juni fand in Dresden der 33. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Das Treffen der Protestanten beherrschte tagelang die Medien. Wir wollen mit geraumem zeitlichem Abstand den Versuch einer Nachlese unternehmen. Viele Kommentatoren schwelgten in Superlativen.

Was ist abgelaufen? Das Ereignis zog 118 000 offiziell angemeldete Besucher nach Dresden, dazu viele tausend Tagesgäste. Die Teilnehmer konnten zwischen rund 2200 Veranstaltungen wählen. Die Themenvielfalt war beeindruckend. Neben Transsexuellen, Schwulen und Lesben hatte man auch Frauenfußball und den Popstar Nina Hagen nicht vergessen. Lothar de Maizière unterwies das Publikum in „Demokratie lernen nach dem Kommunismus“. Auch die Frage „Darf man Nazis konfirmieren?“ wurde aufgeworfen. Vielfältige Musikveranstaltungen standen auf dem Programm. Von Blasmusik über Gospel bis Jazz und Rock – von Pastoren gespielt – war alles war vertreten. Ein übergreifendes Thema, das den Kirchentag beherrscht hätte, gab es indes nicht. Selten boten sich Ansätze für einen gehaltvollen Meinungsstreit. Die Moderatoren fragten nicht nach, das Publikum applaudierte allen. Die „Sächsische Zeitung“ zog die Bilanz: „Sie haben den Kirchentag perfekt durchorganisiert, wie einen Parteitag. Das ist vermutlich kein Zufall. Etliche Spitzenleute der evangelischen Kirche gehören einer Partei an, einer gemeinsamen: den Grünen. Die grünen Halstücher mit schwarzer Schrift geben schon mal ein bundesweites Koalitionsmuster vor.“

Der Staat am schwarzen Gängelband

Das Grundgesetz definiert im Artikel 140 das Verhältnis von Staat und Kirche. Der Parlamentarische Rat übernahm 1949 die diesbezüglichen Normen aus der Weimarer Verfassung. Danach besteht keine „Staatskirche“, wohl aber ein „Gebot staatlicher Neutralität im kirchlichen Bereich“. Wie wurde das Grundgesetz bei der Veranstaltung eingehalten?

Prüfen wir zunächst das Auftreten von Regierungsmitgliedern. Etliche Veranstaltungen fanden in der Technischen Universität, dem Staatstheater und städtischen Schulen statt. Diese wurden bevorzugt für Übernachtungszwecke genutzt. 270 Quartierschulen boten rund 45 000 Schlafplätze. Straßenbahnen und Busse verstärkten ihren Einsatz, die Müllabfuhr leistete fast „Überirdisches“, was in normalen Zeiten unmöglich scheint. Bei der großzügigen Finanzierung des ganzen Unterfangens wurde die Verletzung des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat besonders sichtbar.

„Der Kirchentagshaushalt von 14,8 Millionen Euro setzte sich aus 5,5 Millionen Euro Zuschuß vom Freistaat, 1,96 Millionen Euro von der Stadt Dresden, 400 000 Euro vom Bund und einer Million von der Landeskirche zusammen. Die restlichen 5,94 Millionen wurden durch Teilneh-



Revanchisten-Anführerin Erika Steinbach, CDU-Abgeordnete des Bundestages, überreicht dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Zollitsch, die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen (September 2008).

merbeiträge, Zuwendungen von Sponsoren sowie den Verkauf von Schals und anderen Souvenirs eingenommen. Rund 40 000 Euro verausgabte die Stadt in Form von Sachleistungen. All das war aus der Presse zu erfahren.

Wenn man berücksichtigt, daß nur eine Minderheit der Sachsen der evangelischen Kirche angehört, dann ergibt sich daraus, daß Atheisten überwiegend das Fest der Protestanten finanziert haben.

Was würde eigentlich geschehen, wenn eine PDL- oder eine DKP-Veranstaltung aus Steuergeldern von Christen bezahlt werden müßte?

Des Kriegsministers „vorläufige Welt“

Die evangelische Kirche versichert, dem Gebot der christlichen Friedens- und Feindesliebe zu folgen. Die Rolle gewisser Bischöfe unter dem Kaiser und Hitler ist indes nicht vergessen, auch nicht die unvergängliche Haltung eines so mutigen Mannes wie Martin Niemöller. Aber sprechen wir vom Kirchentag 2011. Wie zeigte sich das christliche Engagement für den Frieden? Als großes, übergreifendes Thema (wie in den 80er Jahren) überhaupt nicht. Immerhin stand auf dem Hamburger Kirchentag 1981 die „Nachrüstungsfrage“ im Mittelpunkt vieler Debatten. Friedensbewegte Christen bewarfen damals Bundeswehrminister Hans Apel mit Blutbeuteln.

Dergleichen hatte Thomas de Maizière als Mitglied des Kirchentagspräsidiums diesmal nicht zu befürchten, als er im Hörsaal

der Technischen Universität auftrat. Er wurde mit Applaus empfangen. Die FAZ berichtete: „Der Minister vertritt die klassische Position evangelischer Ethik. Seine Auffassung beruht sich im Kern auf den Antirationalismus Martin Luthers. Dem Reformator bot sich die Welt als ein

tobender Ozean voller Widersprüche dar, in dem die Vernunft lediglich Inseln der Ordnung verteidigen kann. An Luther geschult, weist de Maizière die EKD-Position zurück, die darauf abzielt, das Evangelium eben gerade nicht auf die Kategorie des Glaubens zu beschränken, sondern mittels einer Reihe aus der Bibel abgeleiteter Prinzipien auch auf den Bereich der Handlungen auszuweiten.“

Für den Bereich der Politik lautet die Folgerung des Ministers: „In unserer vorläufigen Welt ist es nötig, Mittel anzuwenden, die selbst noch Mittel dieser vorläufigen Welt sind.“ De Maizière nennt als Beispiel den Kosovo-Einsatz, über dessen völkerrechtliche Legitimität, gibt er zu, bis heute Diszens herrsche. Zudem könne es auch Eingriffe geben, die zwar geboten seien, aber nicht möglich.

Der Chef des „Ministeriums für Mord und Totschlag“ (Gerhard Schumacher) fand zwischen den sich häufenden Trauerfeiern sogar noch Zeit, auf dem Dresdner Kirchentreffen unverdrossen das Kriegshandwerk zu loben und zu preisen. Mag doch die neue Mutter Teresa der Lutheraner, Margot Käßmann, noch so vehement gegen den Krieg zu Felde ziehen, es ficht den gläubigen Thomas nicht an. Zumal ihm bei „Spiegel-Online“ Matthias Matussek zur Seite steht, der da verbissen in die Welt posaunt: „Bomben und beten – ja, das geht.“

Sowohl Thomas de Maizière als auch Margot Käßmann haben mit ihren Kirchentagspredigten viel Aufmerksamkeit gefunden, wobei der Chef des Militärs sogar Zorn auslöste. Er hatte in seine Rede den Satz eingeflochten: „Ein Gebet für die Taliban ist nicht nötig und sinnvoll.“

„Bild“ räumte dem superheiligen ZDF-Pater Peter Hahne, einem „rechtskonservativen“ Scharfmacher übelster Art, viel Platz ein, über die Frage zu philosophieren: „Darf man, soll man für kaltblütige und heimtückische Terroristen beten?“ Zum Glück fand Hahne in der Rede des Ministers noch den Satz: „Allerdings ersetzt das Gebet nicht die praktische Politik“. Gemeint waren damit wohl Bomben. Beten und bomben, das gehe, meinte auch der ZDF-„Theologe“.

Es ist kaum ein anderes Urteil möglich als dieses: Maßgebliche Kreise des deutschen Protestantismus scheinen erneut – wie schon in den Jahren 1914 und 1939 –

zur (un)moralischen Triebkraft mörderischer Kriege zu werden.

Margot Käßmann: Superstar oder Frau mit Durchblick?

Aus der Bibel wissen wir, mit welchem Hosianna Jesus in Jerusalem begrüßt wurde. Ist ähnliches auch in Dresden beobachtet worden? Zumindest gab es Journalisten, die einen neuen „Jesus Christ Superstar“ erfanden. Marcus Krämer, der zuvor über die Seligsprechung des katholischen Kaplans Alojs Andritzki geschrieben hatte, fragte in der „Sächsischen Zeitung“: „Haben nicht auch die Evangelischen eine Heilige, zu der sie pilgern? Heißt sie nicht Margot Käßmann? In der Sendung mit Anne Will war sie Topstar, einige Zeitungen ernannten die Ex-Bischöfin zum ‚Superstar‘ des Kirchentages. Immerhin: Nina Hagen war auch da. Im Programm wurde Margot Käßmann mit neun Auftritten verzeichnet. Zu ihren Themen gehörten die Seligsprechungen (Matthäus 5,1–12). Sie fand: Glückselig statt selig heißt es in der Kirchentagsübersetzung. Das hielt sie für gelungen. Glücklich, selig, gesegnet werden diejenigen genannt, die arm sind, Leid tragen, Frieden stiften, barmherzig sind. Das ist ein tiefer Kontrast zur Wirklichkeit. In unserer Welt werden diejenigen als glücklich angesehen, die schlagfertig sind, viel Geld verdienen, gut aussehen. Jesus stellt die Erfahrung der Welt auf den Kopf, indem er sie aus der Perspektive des Reiches Gottes erscheinen läßt. Damit ermutigt er, anders zu sein, widerständig zu bleiben, die Fragen der Gerechtigkeit und des Friedens auf der Tagesordnung zu halten.“

Margot Käßmann forderte, „sich hier und jetzt nicht der Logik der Waffen und der Realität des Unrechts zu beugen, sondern aufzubegehren. Glücklich ist, wer das kann. Kirchentage sind dafür wie geschaffen.“ Das ist kaum zu bestreiten.

Wenngleich Prof. Dr. Käßmann – so ihr neuer Titel – auch nicht an den Grundfesten aktueller Kriegspolitik rührte – sie hätte sich u. a. auf Martin Niemöller berufen können –, eckte sie mit einigen Formulierungen durchaus an. Trotz ihrer Bravheit fand sie Kritiker und Widersacher. „Spiegel“-Autor Matthias Mattussek warf ihr sogar Demagogie vor: Die irrtümliche Bombardierung von Zivilisten sei aus der Sicht Käßmanns gewollt gewesen. Mattussek folgerte: „Käßmann also hat aus unseren Soldaten, die unter enormen Entbehrungen und Belastungen Dienst tun, wider besseren Wissens kaltblütige Täter gemacht. Das ist ein Anschlag auf die Ehre jener, die ihren Arsch letztlich auch für diejenigen riskieren, die Kirchentage ausrichten, auf denen sie dann als Mörder beschimpft werden.“

Die rüde Sprache des Nachrichtenmagazins zeugt von „Kultur“. Und was die Argumente betrifft – sind sie für Christen überzeugend?

Im Fegefeuer bei Anne Will

Mattussek hat dem Heiland dessen Rezept von den Lippen abgelesen: „Ich kann dafür

beten, daß Jesus Christus die Herzen noch der grimmigsten Taliban erleuchtet und mit der Botschaft des Friedens erfüllt. ... Aber gleichzeitig kann ich versuchen,



Theologin mit Profil: Margot Käßmann

die Taliban auszuschalten ... Oder, aus gegebenem Anlaß, Osama bin Laden zu töten.“

Für die Ex-Bischöfin, die durch einen Gesetzesverstoß erst so richtig berühmt geworden ist, hat sich der Kirchentag übrigens auch in finanzieller Hinsicht gelohnt. Auf der Bestseller-Liste des „Spiegel“ vom 4. Juni erklimmte Käßmanns „Sehnsucht nach Leben“ den zweiten Platz. Auch weitere zwei ihrer Bücher landeten unter den besten 20. Respekt!

Der Autorin und Theologin blieb indes nicht erspart, daß sie im BRD-Staatsfernsehen öffentlich angeklagt und gedemütigt wurde. Am 19. Juni mußte sie im Talk bei Anne Will durchs Fegefeuer. Das Thema hieß: „Sehnsucht nach einer besseren Welt“. Die Ausgangsfrage der Moderatorin lautete: „Was hat Margot Käßmann, was andere nicht haben?“ Meine Antwort wäre: Sie ist davon überzeugt, daß die Welt zum Guten hin veränderbar ist und die Bibel dabei helfen kann.

Das sahen der naßforschende FDP-Generalsekretär Martin Lindner, der Medienwissenschaftler Norbert Bolz und Baden-Württembergers gutbürgerlich-grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Mitglied des ZK der deutschen Katholiken, freilich anders. Politik verlange Pragmatismus, verkündeten sie. Käßmann dürfe im stillen Kämmerlein zu den „Gutmenschen“ gehören. Die biblische Botschaft aber taue nicht für die Wirklichkeit. Die Abrechnung mit Käßmanns Ketzertum war ebenso total wie rabiat. Die Sendung bei Will bestätigte im nachhinein: Ein Signal für eine deutsche Friedenspolitik war der Kirchentag nicht. Und das in Dresden, dessen Kriegswunden noch heute nicht vernarbt sind.

Heimspiel mit einem Hauch von Aufruhr

„Kirchentage sind immer politisch“, belehrte uns Christine Lieberknecht, Thüringens schwarze Regierungschefin. Richtig. Es fragt sich nur: Um welche Politik geht es? – Bundespräsident Christian Wulff sagte in seiner salbungsvollen Rede beim Eröffnungsgottesdienst am Elbufer, Christen zeigten, daß jeder

etwas für dieses Land tun könne. Zwar seien sie in Sachsen minoritär, doch komme es darauf an, sich gegenseitig zu unterstützen und einander Mut zuzusprechen. Wulff appellierte an die beiden großen Konfessionen in Deutschland, aufeinander zuzugehen. Ist diese Forderung als Signal nicht allzu bescheiden? Angela Merkel sprach in der überfüllten Messehalle I vor etwa 5000 Besuchern. Mit beeindruckendem Tiefgang und rhetorischem Glanz formulierte sie ihr Credo: „Wenn die Welt zusammenhält und das Richtige tut, kann sie auch etwas erreichen.“ Als die Kanzlerin zum Rednerpult marschierte, war ihre Jacke so pinkfarben wie die Kirchentagsfahnen. „Merkel hatte ein Heimspiel, erst recht, als sie sagte, daß sie nach der Katastrophe von Fukushima die Frage, was ein Restrisiko sei, anders sehe, als sie das zuvor getan habe“, berichtete die „Sächsische Zeitung“. Drei junge Leute stimmten einen Kanon an: „Angie, leiste Widerstand / du, als mächtigste Frau in diesem Land / gegen die Konzerne!“ Ein Hauch von Aufruhr wehte durch den Saal. Dann kamen die Ordner.

Alle Staaten der Welt müßten endlich die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen einhalten, forderte die Kanzlerin. Dachte sie in diesem Augenblick an die NATO-Bomben, die gerade auf Tripolis fielen?

Sächsische Landtagsabgeordnete der PDL nahmen nicht nur an zahlreichen Veranstaltungen teil, sondern gaben auch selbst einen Empfang. Ihr Fraktionsvorsitzender André Hahn erklärte dort: „Sachsen ist als Stammland von Reformation, Aufklärung und Arbeiterbewegung geradezu idealer Gastgeber für das größte Treffen engagierter evangelischer Christen, die miteinander und mit Andersdenkenden über Wege in eine gerechtere und friedlichere Welt ins Gespräch kommen wollen.“

„Gute Geschäfte mit dem Glauben“. Diesen Titel hatte Bettina Klemm für ihren Beitrag in der SZ vom 10. Juni gewählt, um den Gewinn darzustellen, den Dresden vom 33. Kirchentag erzielt hatte.

Am Anfang stehe natürlich der „Imagezuwachs“. Das häufige Zeigen der Dresdner Silhouette sei nicht mit Geld zu aufzuwiegen. Der finanzielle Umsatz für die Region werde auf 30 Millionen Euro geschätzt, gut zwei Drittel davon hätten die Gäste für Übernachtungen in der Stadt und ihrer Umgebung dagelassen. Die Hotels und Pensionen in Dresden waren ausgebucht, die Gastronomen durften jubeln. Mehr als 100 Tonnen Müll wurden mit acht zusätzlichen Fahrzeugen entsorgt. 560 Sanitäter kümmerten sich um 1377 Behandlungsbedürftige, von denen 199 in Kliniken gebracht werden mußten. Sechs Gäste rettete man sogar aus der Elbe. Zwischenfälle, die einen massiven Polizeieinsatz wie zum Schutz der Nazi-Demonstration im Februar nötig gemacht hätten, wurden nicht gemeldet.

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden